

Bundesamt für Polizei fedpol
Stab Rechtsdienst / Datenschutz
Nussbaumstrasse 29
3003 Bern

Glarus, 9. März 2010

Vernehmlassung i. S. Erneuerung der Polizeigesetzgebung des Bundes; Bundesgesetz über die polizeilichen Aufgaben des Bundes (PolAG)

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Das Ziel die aufgesplitterte Polizeigesetzgebung des Bundes neu zu strukturieren und eine einheitliche, klare Regelung für die Polizeiorgane zu schaffen, wird aus unserer Sicht nicht wirklich erreicht. Insbesondere hinsichtlich des Grenzwachtkorps (GWK) erwiese es sich als notwendig, dass der Bund zu dessen (vorgesehenen) Rolle klar Stellung bezieht und dessen Befugnisse, Mittel und Tätigkeiten eingehend und in Abstimmung mit den Kantonen im PolAG regelt. Die im erläuternden Bericht gemachten Ausführungen stimmen nicht mit der Wahrnehmung der Kantons Glarus überein. Die GWK erfüllt bzw. plant heute eine Fülle von polizeilichen Aufgaben, die über das im Entwurf Dargestellte hinausgehen. Im Bereich der Informationsbeschaffung (Art. 13 – 17 PolAG) fehlen analoge Regelungen in der StPO, weshalb diese entsprechend angepasst werden müsste. Im Weiteren schliessen wir uns den in der Stellungnahme der KKJPD vom 25. Februar 2010 gemachten Ausführungen an.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Für den Regierungsrat


Marianne Dürst
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratschreiber

versandt am: 11. März 2010